

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die  
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-  
tungen im DWBO

An die  
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen  
und –Abonnenten

**AGMV**

**Newsletter-  
05/2013**

**Arbeitsgemeinschaft der  
Mitarbeitervertretungen**

Geschäftsstelle:  
Jeanette Klebsch  
Paulsenstr. 55/56  
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192  
Fax 030 820 97-193  
agmv@dwbo.de  
www.agmv-dwbo.de

Berlin, 17. April 2013

**–OFFENER BRIEF –**

**Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretung fordert von Spitzenkandi-  
dat/innen der Parteien zur Bundestagswahl Einsatz für eine Pflegevollversiche-  
rung und einen Pflegemindestlohn von 10,-€/Stunde**

Liebe Mitarbeitervertreter/innen,  
liebe Leser/innen,

beigefügt erhalten Sie mit dem Newsletter 05/2013 den o.g. offenen Brief zu Ihrer Information.  
Angela Merkel findet Altenhilfe schwerer als ihren Job: Daher fordern die Vertreter/innen von  
52 000 Mitarbeitenden in den Mitgliedseinrichtungen des DWBO eine solidarische Pflegevoll-  
versicherung, die den Frauen eine private Zuzahlung zu ihrer Pflege von 45.000,-€, den Män-  
nern von 21.000,-€ im Lebensverlauf erspart und die Auswahl der Pflegeeinrichtung nach  
Qualität nicht nach dem Geldbeutel ermöglicht. Zudem wird ein angemessener Pflegemindest-  
lohn gefordert.

Mit freundlichen Grüßen

Jeanette Klebsch

Im Auftrag des AGMV-Vorstandes

Anlage: OFFENER BRIEF an die SpitzenkandidatenInnen der Parteien vom 16. April 2013

V.i.S.d.P.: Marion Gericke und Detlev Seeger • AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin

Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •

Website: www.agmv-dwbo.de

## OFFENER BRIEF

An die Spitzenkandidat/innen  
der Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE  
und FDP zur Bundestagswahl im September 2013

**Frau Dr. Merkel findet den Job einer Altenpflegerin härter, als ihren eigenen.**

**Den Worten müssen Taten folgen:**

**EINE PFLEGEVOLLVERSICHERUNG UND 10,-€ PFLEGEMINDESTLOHN**

Berlin, 16. April 2013

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, sehr geehrter Herr Steinbrück, sehr geehrter Herr Trittin, sehr geehrte Frau Göring-Eckard, sehr geehrter Herr Dr. Gysi, sehr geehrte Frau Wagenknecht, sehr geehrter Herr Bartsch, sehr geehrter Herr Ernst, sehr geehrte Frau Lay, sehr geehrter Herr van Aken, sehr geehrte Frau Golze, sehr geehrte Frau Gohlke, sehr geehrter Herr Brüderle,

Frau Dr. Merkel hat kürzlich den Job einer Altenpflegerin als hart bezeichnet, noch härter als ihren eigenen.<sup>1</sup> Ähnliche Äußerungen gibt es auch von anderen Spitzenpolitiker/innen. Dennoch zeigen Altenpfleger/innen sich bescheiden, indem sie mit deutlich weniger als einem Kanzlerinnengehalt auszukommen bereit sind. Zu wenig darf es aber nicht sein!

Wir vertreten mehr als 52 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diakonischen Einrichtungen, davon viele Tausende, die in der Altenpflege tätig sind.

**Wir fordern Sie auf, sich mit Nachdruck für eine Pflegevollversicherung und einen einheitlichen Pflegemindestlohn von 10,-€/ Stunde einzusetzen.**

Unsere Begründung:

**1. Die bisherige gesetzliche Pflegeversicherung ist nicht in der Lage, das individuelle Pflegerisiko voll abzudecken. Es ist eine Teilkasko-Versicherung.**

Männer zahlen im Lebensverlauf durchschnittlich **21.000,-€** privat zu ihrer Pflege dazu, Frauen **45.000,-€** (Quelle: Barmer GEK Pflegereport 2012). Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen werden daher von Angehörigen leider häufig vorwiegend nach dem Kostengesichtspunkt ausgewählt. Fragen, die die Pflegequalität betreffen, wozu auch ausreichend und angemessen entlohntes Personal gehört, geraten dabei häufig in den Hintergrund.

<sup>1</sup> vgl. Bild-Zeitung am 16.03.2013

Die Ausweitung der privaten Vorsorge mit entsprechenden Anreizen („Pflege-Bahr“) bewirkt eine weitere Entsolidarisierung und Individualisierung von Lebensrisiken.

Die Folge ist, dass gerade diejenigen, die sie perspektivisch am nötigsten hätten, sich eine solche zusätzliche private Absicherung schlicht nicht leisten können.

Gefördert wird in jedem Fall die private Versicherungswirtschaft anstatt einer guten und solidarisch finanzierten Pflege für alle.

## **2. Eine klare Alternative zur unter 1. dargestellten gesamtgesellschaftlichen Problematik stellt der Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer solidarischen Pflegevollversicherung dar.**

Sie würde einerseits solidarisch finanzierte angemessene Pflegeleistungen für alle ermöglichen und andererseits zu einer Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Einkommen der Mitarbeitenden in der Pflege einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten.

Das ist für die Zukunftsfähigkeit der Pflege (Stichwort: Fachkräftemangel) dringend erforderlich! Die Gewerkschaft ver.di hat hierzu ein von einem Gesundheitsökonom erstelltes Gutachten vorgelegt:

<http://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++9ab6a8ea-2f17-11e2-bf66-52540059119e>

Die Vorsorge für Lebensrisiken würde damit nicht noch weiter privatisiert werden. Erinnerung sei daran, dass man heute schon privat für eine Zusatzrente vorsorgen soll, ergänzende Krankenzusatzversicherungen (z.B. für Zahnersatz) wünschenswert sind und man für viele vormalige Kassenleistungen wie Brillen selbst aufkommen muss. Zudem gehen alle Erhöhungen der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge einseitig zu Lasten der Versicherten.

## **3. Auch die nichtexaminierten Pflegekräfte verdienen Respekt durch angemessene Entlohnung ihrer Arbeit.**

Der Pflegemindestlohn wird mit der geringfügigen Steigerung zum 01.07.2013 der physisch und psychisch belastenden Arbeit mit pflegebedürftigen Menschen nicht gerecht.

Die Forderung nach einem Mindestlohn von 10,-€ pro Stunde wird vom Vorstand des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO), vom Altenhilfe-Fachverband „EVAP“ und vom Dienstgeberverband „dgv“ des DWBO geteilt.

**Die von den meisten Ihrer Parteien in wechselnden Regierungskonstellationen vorgebrachte Öffnung des Sozial- und Gesundheitswesens für marktförmige Strukturen hat zu dem Missstand geführt, dass gerade in der Pflege zahlreiche private Anbieter ohne jegliche Tarifbindung tätig sind.**

Diese treten als Mitbewerber der freigemeinnützigen Einrichtungen auf.

Speziell in der ambulanten Pflege stehen wir als Mitarbeitervertreter in unserer Region vor der Frage, ob wir tatsächlich die Gehälter und Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden immer weiter nach unten der völlig unzureichenden Refinanzierung anpassen und ohne sonstigen sachlichen Grund gleiche Arbeit schlechter bezahlen lassen sollen, als in anderen Bereichen.

Alternativ müssten wir bewusst in Kauf nehmen, dass ambulante Pflege nicht mehr von der Diakonie angeboten werden kann, ohne zu wissen, was aus den ambulanten Einrichtungen der Diakonie und den dort Beschäftigten wird. Eine Entwicklung weg von freigemeinnützigen hin zu privaten Pflegediensten beobachten wir in Berlin und Brandenburg seit Jahren.

**Der Politik scheint das egal zu sein. Motto: Augen zu und durch, Hauptsache billig. Verantwortung wird durch die Politik, die den Rahmen bewusst so gesetzt hat, auf die Kassen als Kostenträger abgeschoben.**

**Pflegevollversicherung und 10,-€ Pflegemindestlohn sind Bausteine dafür, dass in der Pflege der Wettbewerb nicht über Lohndumping, sondern über Qualität ausgetragen wird. Leisten Sie dazu einen Beitrag. Gepflegte und Pflegenden werden es ihnen danken.**

**Wir erwarten von Ihnen ein konkretes Eingehen auf unsere Argumentation, nicht nur das Kopieren diesbezüglicher Wahlprogrammpassagen.**

**Bitte antworten Sie bis spätestens 31.05. Die gesammelten Antworten werden wir in einer Rundmail über die Mitarbeitervertretungen den Mitarbeitenden der Diakonischen Einrichtungen zuleiten. Sie haben im Hinblick auf die Wahl die Chance, erheblich Vertrauen zu gewinnen, oder auch zu verspielen.**

Mit freundlichen Grüßen für den AGMV-Vorstand verbleibt

  
Detlev Seeger